67. Jahrgang Nr. 443

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Sonnabend, 20. September 1919

Oesterreichs Kriegsschuld.

Das Protokoll des k. u. k. Ministerrats vom 7. Juli 1914.

Wien, 20. September. (T. U.)

Die „Wiener Arbeiterzeitung" veröffentlicht das Protokoll des Ministerrates vom 7. Juli 1914, aus dem hervorgeht, daß die habsburgische Regierung den Krieg begonnen hatte. Graf Berchtold erklärte, daß der **Moment gekommen sei, Serbien durch eine Kraftäußerung für immer unschädlich zu machen.** Ein solcher entscheidender Schlag könne nicht ohne diplomatische Beratungen geführt werden, und deshalb habe er mit Berlin Fühlung genommen. Die Besprechungen in Berlin hätten zu einem sehr befriedigenden Resultat geführt. Sowohl Kaiser Wilhelm als Bethmann Hollweg haben für den Fall einer kriegerischen Verwicklung mit Serbien die unbedingte Unterstützung Deutschlands mit allem Nachdruck zugesichert. Bezüglich Italiens und Rumäniens sei es besser, zu handeln und etwaige Kompensationsansprüche abzuwarten. Er sei sich klar darüber, daß ein Krieg mit Serbien den **Krieg mit Rußland zur Folge haben müßte.** Wir müßten aber unseren Gegnern zuvorkommen. Der damalige ungarische Ministerpräsident Graf Tisza äußerte verschiedene Bedenken, während Graf Berchtold auf dem Kriege unbedingt beharrte. Der österreichische Ministerpräsident Graf Stürgkh trat unbedingt für den Krieg ein und meinte, es sei jetzt eine psychologische Situation geschaffen, die seiner Ansicht nach **unbedingt zum Krieg mit Serbien hindränge.** Graf Stürgkh verlangte, man möge prinzipiell beschließen, daß es zum Kriege kommen soll und wird. Der damalige gemeinsame Finanzminister Bilinski (ein Pole) **trat ebenfalls für den Krieg ein** und meinte, daß dieses das einzige Mittel sei, eine endgültige Entscheidung darüber herbeizuführen, ob die großserbische Idee eine Zukunft habe oder nicht. Graf Tisza zögerte noch immer, während der Kriegsminister Kropatkin für den sofortigen Krieg eintrat, und verlangte, daß die Mobilisierung sofort und möglichst heimlich durchgeführt werde. Graf Stürgkh verlangte, daß **Serbien zwar vernichtet** werden dürfe. Rußland nicht ganz vernichtet werden dürfe. Die Dynastie müsse entfernt und die serbische Krone einem europäischen Fürsten gegeben werden. Weiter müsse ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis des verkleinerten Königreiches Serbien zur Monarchie in militärischer Hinsicht herbeigeführt werden. Graf Tisza warnte vor einem Weltkrieg, während Graf Berchtold erklärte, man müsse rasch handeln und **unannehmbare Forderungen an Serbien stellen,** die von diesen abgelehnt werden müßten, damit eine radikale Lösung im Wege des militärischen Eingreifens notwendig sei.

Die ewige baltische Frage.

Amerika soll „drücken".

Paris, 19. September. (Havas)

Diplomatischer Situationsbericht: Der Oberste Rat hörte den Bericht des Generals Hughes über die Lage der baltischen Länder an. General Hughes erklärte, daß die Bevölkerung dieser Länder durch die Gegenwart der deutschen Truppen gedrückt sei, und daß letztere in den baltischen Provinzen die politische Basis für eine deutsche Intervention in Rußland bildeten. Die deutschen Truppen unterstützten die baltischen Barone und leisteten den Reaktionären, die die örtlichen Regierungen gebildet hätten, Hilfe gegen die Sozialisten. Die deutschen Soldaten hätten sich in diesen Ländern, die zur Kommunisierung wie berufen seien, niedergelassen, und seien so eigentlich Agenten des deutschen Einflusses geworden. Die gegenwärtige Lage stelle sowohl eine militärische wie eine politische Gefahr dar. Deutschland könne, wenn es wolle, sich bei seinen Truppen in den baltischen Ländern vollkommen Gehorsam verschaffen und die Leute des Generals von der Goltz zurückrufen.

Lugano, 20. September.

Nach dem „Corriere della Sera" will zwar der Oberste Verbandsrat wegen des Rückzuges der deutschen Truppen aus Lettland kein neues Ultimatum an Deutschland richten, doch beabsichtigt die amerikanische Regierung auf Deutschland zu drücken, indem sie ein Veto gegen die eingeräumten amerikanischen Privatkredite androht.

Der „rasche Tod". Die alte demokratische und menschliche Forderung, daß Todesurteile nicht vollstreckt werden dürfen, für die wir noch gestern abend eingetreten waren, ist von dem bayerischen Ministerium beiseite geschoben worden. Wir beklagen diese Entscheidung aus den Gründen, die wir bereits ausgeführt haben. Es ist aber bedauerlich, daß es Leute gibt, denen die Todesstrafe nicht schwer genug erscheint. Ein Blatt des Scherl-Verlages schrieb gestern abend, daß die Strafe gegen die Münchener Geiselmörder als „verhältnismäßig milde" angesehen werden müsse, denn der „rasche Tod" könne „kaum als eine vollkommene Sühne" für die Martern, denen die Geiseln unterworfen wurden, angesehen werden. Offenbar steht das Blatt auf dem alttestamentlichen Standpunkte des Auge um Auge, Zahn um Zahn. Diese Barbarei ist aber unchristlich und eine Schande für die moderne Menschheit.

Sturm um das „Verlorene Afrika". Eine aufregende Versammlung des Bundes „Neues Vaterland" gab es im Beethovensaal, wo Kapitänleutnant a. D. Hans Paasche und Herr Scharfe vom Stamm der Suaheli, Dozent seiner Muttersprache am hiesigen Orientalischen Seminar, über „Das verlorene Afrika" sprachen und dabei sehr heftige Angriffe auf die ehemalige alberliche Kolonialregierung machten. Es waren sehr interessante Mitteilungen, die die beiden Vortragenden ihrer zahlreichen Zuhörerschaft gaben, aber das Hauptinteresse wandte sich einer Schar von Ruhestörern, die die Vortragenden in der unanständigsten Weise anpöbelten und dauernd zu unterbrechen versuchten, bis der größte Teil der Anwesenden stürmisch ihre Entfernung aus dem Saal verlangte. Da endlich gingen die Herren, die, wie sich herausstellte, ehemalige Schutztruppenoffiziere waren, deren Haß gegen Hans Paasche keine Grenzen kennt, weil dieser beherzte und hochintelligente Mann den Mut seiner Meinung besessen und schon während des Krieges der Sklaverei des Militarismus und speziell gegen die Ueberheblichkeit der deutschen Offiziere aufgetreten ist. Neben diesem Siege Paasches auf der ganzen Linie trug der Abend im Beethovensaal auch einem Vertreter der Regierung eine schwere Blamage ein, als er Herrn Scharfe zugestehen mußte, daß diesem von seinem Dozentengehalt in Höhe von 352 Mark jetzt 100 Mark abgezogen würden, seitdem Herr Scharfe öffentliche Vorträge zu halten begonnen hat. Von dieser „Riesensumme" muß der Suaheli in Berlin jetzt allein leben, da er von seinem Vaterlande in Ostafrika seit mehr als fünf Jahren völlig abgeschnitten ist.

Der deutsch-französische Friede.

Abschluß in der ersten Oktoberwoche.

Paris, 20. September.

Das „Echo de Paris" erklärt, daß das den Kriegszustand zwischen Frankreich und Deutschland für beendet erklärende Dekret in der ersten Oktoberwoche im „Journal Officiel" veröffentlicht werden wird.

Der Friedenskampf in Washington.

Amsterdam, 20. September.

Der „New York Herald" berichtet, daß die oppositionellen Senatoren beschlossen haben, Anfang nächster Woche den Kampf um den Abänderungsantrag Johnson, der für die Vereinigten Staaten und Großbritannien die gleiche Stimmenzahl für den Völkerbund verlangt, aufzunehmen.

In aller Stille.

Bulgariens Friede.

Paris, 19. September. (Havas.)

Die Uebergabe der Friedensbedingungen an die bulgarische Delegation fand heute vormittag im Ministerium des Aeußeren statt. Die bulgarischen Delegierten haben zwanzig Tage Zeit, um ihre Bemerkungen vorzubringen.

Mißtrauen gegen Noske.

Die Tilsiter Arbeiterschaft und die Reichswehr.

Tilsit, 20. September. (T. U.)

In der Mitgliederversammlung der Mehrheitssozialisten in Tilsit, die am Donnerstag abend stattfand, wurde eine Entschließung angenommen, worin die Mehrheitssozialisten Tilsits dem Reichswehrminister Noske ihr Mißtrauen aussprechen. Weiter wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die am 18. September abgehaltene Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Ortsverein Tilsit, ersucht Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, die Reichsregierung telegraphisch aufzufordern, keine neuen Truppen nach Tilsit zu verlegen. Sollte die neu angekündigte Batterie Artillerie oder der Stab von der Goltz eintreffen, so wird die Tilsiter Arbeiterschaft mit allen Mitteln den Einzug dieser Truppen zu verhindern suchen. Die Tilsiter Arbeiterschaft würde den Generalstreik erklären und die Arbeit nicht früher wieder aufnehmen, bis Tilsit wieder frei ist."

Diese Entschließung wurde in der gestrigen Stadtverordnetensitzung in Tilsit mit 16 gegen 15 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

*

Die erste Entschließung halten wir für verständlich, die zweite scheint uns dagegen bedenklich über das Ziel hinauszuschießen. Die Tilsiter wollen nicht, daß von der Goltz nach Tilsit komme. Dieser Ort sollte aber offenbar den Sitz des Kommandos der deutschen Truppen bilden, die jetzt die baltischen Provinzen verlassen müssen. Ohne es vielleicht zu wollen, möchten die braven Tilsiter den Ostgeneral also veranlassen, in Mitau zu bleiben. Auch ein Beitrag zum Kapitel Kirchturmpolitik!

*

Der „Dona" wird aus Memel gedrahtet: Infolge der Abberufung des Hauptmanns Schmidt durch die Reichswehrbrigade Tilsit hat der politische Streik sein Ende gefunden. Die Arbeit wurde, soviel sich ermitteln ließ, in allen Betrieben aufgenommen.

*

Hauptmann Schmidt hatte bekanntlich einige Zeitungsartikel wegen, die ihm nicht paßten, kurzerhand die Redaktion einer Zeitung durch Militär besetzen und den Redakteur verhaften lassen.

Der Prozeß gegen Eisners Mörder.

München, 19. September.

Die Verhandlung gegen den Grafen Arco wegen Mordes an dem ehemaligen Ministerpräsidenten Eisner wird im Laufe des Oktober stattfinden da nach ärztlichem Gutachten Arco bis dahin verhandlungsfähig sein dürfte.

Eine weitere Verurteilung in München. Der Schauspieler Popp, der während der Münchener Rätezeit eine leitende Stellung im Ministerium für soziale Fürsorge bekleidete und mit einer Summe von 457 000 Mark, die er im Auftrage der Räteregierung zur Auszahlung von Löhnen in das oberbayerische Grubengebiet bringen sollte, flüchtete, wurde von dem Münchener Landgericht zu einer Gefängnisstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten verurteilt.

Amerikas Erwachen.

Nach den letzten Kabelmeldungen aus Amerika spitzt sich die Opposition gegen Wilson und seinen Völkerbundsgedanken immer schärfer zu. Zum Verständnis ihrer Tiefe dürfte der folgende New-Yorker Brief beitragen, der klarlegt, daß Amerika immer mehr erkennt, wohin es von Wilson geführt worden ist: in die Abhängigkeit von England.

New-York, Anfang September.

Präsident Wilson hat in Amerika mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die wachsende festgefügte Opposition der republikanischen Mehrheit will den nach ausschließlich englisch-französischen Gesichtspunkten gezimmerten Friedensvertrag nicht unbesehen gutheißen. Aus einem gewissen Anstandsgefühl heraus fordert man eine Revision des Friedensvertrages auf der Grundlage der 14 Punkte, für die sich Wilson mit Einverständnis aller maßgebenden Faktoren in Washington eingesetzt hatte. Jetzt, wo man erkennt, daß von dieser Grundlage, die den gesunden Gedanken einer ehrlichen Völkerversöhnung enthielt, nichts übrig geblieben ist, will man den Eindruck vermeiden, als ob man alles schlucken würde, was unter dem Namen Wilsonscher Staatsmannskunst segelt, was aber so vera nur ein vollkommenes diplomatisches Fiasko des amerikanischen Wortführers auf der Friedenskonferenz bedeutet. Bullitt hat das amerikanische Volk durch eine immerhin begreifliche Indiskretion einen Blick in die Pariser Werkstatt tun lassen, der Wilson nicht als Zimmermann an dem neuen Weltenbau, wohl aber als gefügiger Handlanger des britischen und französischen Imperialismus erkennen läßt.

Das mit Lansing angestellte Kreuzverhör hat diesem das wertvolle Geständnis entlockt, daß die 14 Punkte zu keiner Zeit den Friedensbesprechungen als Grundlage gedient haben. Dieser Gipfel des Zynismus hat der Sache der Demokratie in Amerika großen Abbruch getan, so daß Wilson auf seiner Propagandatournee einen wachsenden Widerspruch erlebt. Erst kürzlich hat der bekannte republikanische Senator Lawrence Sherman dem Mitarbeiter eines deutsch-amerikanischen Blattes erklärt, daß man in Amerika immer mehr erkenne, daß Wilson durch seine Politik den alten unabhängigen Amerikanismus, wenn auch nicht mala fide, englischen Interessen untergeordnet habe. In einem Artikel des „Leslies Illustrated Weekly" begründet Senator Sherman seinen Widerstand gegen den in Paris ausgeheckten Völkerbund. Nach seiner Meinung stellt er keinen „Bund" dar, sondern eine überstaatliche Herrschaft über andere Völker. Wenn die amerikanische Republik in einen solchen Bund eintrete, so begäbe sie sich damit ihrer Souveränitätsrechte, und in diesem Punkte müßten alle Vaterlandsfreunde ihre ehrliche Besorgnis kundgeben. Soweit die Struktur des Völkerbundes nur eine streitschlichtende Funktion ausübe, könne man sich damit einverstanden erklären, aber die unklare Fassung der Satzung lasse eine zweideutige Interpretation zu. Die einen sagten, der Bund müsse sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Staaten, andere wieder behaupteten, die Mitgliederstaaten müßten einen Teil ihrer Hoheitsrechte auf den Völkerbund übertragen; so ergebe sich ein juristisches Janusgesicht; der Grundsatz des Rechtes sei zugunsten der Machttheorie zurückgedrängt und die Schöpfer des Bundes, die den Anspruch auf die Zuerkennung solonischer Weisheit erheben, glichen mehr Alexander als dem athenischen Gesetzgeber. Diese trefflichen Worte Shermans kann man vollinhaltlich unterschreiben, ziehen sie doch dem Geiste nach mit der deutschen Auffassung an einem Strange. Wenn man hoffen dürfte, daß es dem Einflusse des Senates, dessen Mehrheit mit der Auffassung Shermans konform geht, gelingt, in dem angedeuteten Sinne das Völkerbundsschema zu modifizieren, dann wird man auch in Deutschland mitmachen können, ohne eine Vergewaltigung befürchten zu müssen. Bei der Zusammensetzung der deutschen Regierung ist mit Sicherheit anzunehmen, daß wir uns bei einer Einladung zum Beitritt auch in das Joch der angefochtenen Fassung begeben würden, weil man glaubt, von zwei Uebeln das kleinere wählen zu müssen, aber es besteht, wie die übermiegende Stimmung in Amerika erwarten läßt, die Hoffnung, daß die amerikanische Furcht vor einer Anglifierung ein willkommener Anwalt unserer Auffassung von Freiheit und Gerechtigkeit im Leben der zusammenwirkenden Völkergemeinschaft sein wird.

Gewalt ist Gewalt!

Eine unabhängige Bußpredigt.

Während der Prozeßführung gegen die Mörder der Münchener Geiseln war, wie wir schon bemerkten, in der kommunistischen und einem Teil der unabhängigen Presse der Versuch erkennbar geworden, die nur noch mit den brutalen Scheußlichkeiten der französischen Revolution vergleichbaren Untaten der Rotgardisten als moralisch minderschwere „Vergeltungsakte" hinzustellen. Diese Taktik hat den rechtsunabhängigen Heinrich Ströbel, gegen den auf der letzten Reichskonferenz sehr unwillige Stimmen laut geworden waren, veranlaßt, den Freunden des Terrors, die den Schrecken nur immer auf der anderen Seite, niemals aber bei sich selber sehen, einen kleinen Spiegel vorzuhalten. In seinem Wochenartikel in der „Weltbühne" schreibt er, daß sie „nur für die Exzesse der Weißgardisten moralische Reaktionsfähigkeit" besäßen und fährt dann fort:

„Noske ist der Blutbund, jeder brutal vorgehende Noske-Gardist eine Bestie; aber von den terroristischen Akten der Bolschewiki in Moskau und Budapest mag man nichts hören. Die Kriegspsychose wirkt auch

während der Revolution fort. Wie dem eigenen Lande, so ist der eigenen Partei alles erlaubt. Und massakrierte man Wehrlose zu Hunderten, griffe man, wie Mitglieder der Antisemitischen Kommission der Sowjetrepublik das empfehlen, zum mittelalterlichen Expreßerinstrument, der Folter: Notkennt kein Gebot. Nur für den Gegner gibt es keine Entschuldigung. Der ist der Ausbund an Schlechtigkeit, der Schurke, der Unhold. Sollten sich moderne Revolutionäre, geschulte Sozialisten, Schüler eines Karl Marx etwa so lächerlichen Pinkerton, einer so plumpen Geschichtserklärung nicht ins Zeug legen hinein schämen? Und sollten Vertreter der ökonomischen Geschichtsauffassung, Kenner des Klassenkampfprozesses wirklich so vermessen sein, nicht begreifen zu können, daß durch Terrorismus, und sei er in das schrecklichste System gebracht, neue Gesellschaftszustände nicht erzwungen werden können, die doch gerade Edelmut, Güte, freiwillige Pflichterfüllung, lebendigstes Gemeinschaftsgefühl, kurz: eine neue höhere Sittlichkeit voraussetzen!

Daß die Gewalt die Geburtshelferin neuer Gesellschaftsgestaltungen sein könne, lehre die Geschichte auf manchem Blatt. Aber darum brauche nicht jede revolutionäre Gewalttat verherrlicht zu werden. Vielmehr müsse man zu einer Beurteilung aller Umstände kommen, „gleichviel, von wem sie geübt werden und zu welchem Zweck." Ströbel sagt dann weise sehr richtig:

„Denn das gerade hat die Geschichte bewiesen, daß der Zweck niemals die Mittel heiligt, und daß verwerfliche Mittel die beste Sache schänden. Welch unsinnige Entwicklung war die Meinung, daß die brutalste Kriegführung den Krieg am schnellsten beenden werde! Und nicht minder unsinnig und wuchtet ist die Einbildung, durch Bartholomäusnächte oder gar systematischen Terror den Sieg der Revolution und des Sozialismus beschleunigen zu können. Mit solchen Schreckensmitteln mag man eine Zeitlang seine Gegner, aber die unvermeidliche Katastrophe ist nur furchtbarer."

Es ist bedauerlich, daß diese Wahrheiten nur aus dem Munde eines Führers der Unabhängigen erklingen und daß sie nicht in einem Blatte geschrieben werden, das von den geschworenen Anhängern und Mitläufern der U. S. P. D. gelesen wird. Ströbel kann sich bei seiner Zuspruchheit nur noch auf den klaren Kopf des greisen Karl Kautsky stützen, der eben in einem neuen, noch näher zu würdigenden Buche gegen Klassenhaß und Grausamkeit geschrieben hat. Kautsky rechnet darin mit dem Bolschewismus, als der proletarischen Gewalttheorie, ab und sagt offen und laut die bei den Extremen von rechts und links gleichermaßen verhaßte Wahrheit, daß jedes Streben nach einer Diktatur nur zur Anarchie und zum völligen Ruin führen und bei dem Stocken aller Produktion, im „nackten Kannibalismus" enden müsse. Logisch ist die Folgerung daraus: Nur die Demokratie, die dem christlichen Gottesfrieden die Schranken setzte, verbürge den sozialen Aufstieg, könne den Klassenkampf aus einem Kampf der Fäuste in einen Kampf der Köpfe verwandeln, in dem die moralisch und intellektuell überlegene Klasse obsiege.

Ströbel stellt die rechte Losung, wenn er am Schlusse seiner Betrachtung sagt, daß nichts dieser unseligen Zeit mehr fromme, als das Gebot: Vernunft wider Wahn!

Pierre Lenoire zum Tode verurteilt. Havas meldet aus Paris: Pierre Lenoir ist wegen „Einverständnisses mit dem Feinde" zum Tode verurteilt worden. Die Vollstreckung des Urteils ist aufgeschoben worden.

Die Kohlenkatastrophe in Oesterreich. Aus Wien wird gemeldet: Die Kohlenkatastrophe ist bereits heute eingetreten. Der Straßenbahnverkehr wurde stark eingeschränkt und auch die Sparmaßnahmen in den Privatbetrieben treten bereits heute in Kraft.

Columbus tut's leid ... Der Handstreich d'Annunzios gegen Fiume hat die Staat, die unter nationaler Kontrolle stand, in italienische Hände gebracht. Schon vorher erlitt man dort nur unwillig die fremden Gäste, und je anderes die Mißstimmung gegen Amerika machte sich in leidenschaftlichen Ausdrücken Luft. An Anbruchsbollen kam dies weiß in einem Plakat zum Ausdruck, das Christoph Columbus darstellte, wie er über das Schicksal Fiumes heiße Tränen vergießt und ausruft: „Hätte ich gewußt, wie sich Amerika benehmen würde, ich hätte es nie entdeckt!"

Verbrechen oder reaktionäre Wahlkomödie?

Allerlei Fragen zum Litfaß akat.

Der mysteriöse Aktendiebstahl, über den wir berichteten, ist durch die Bekanntmachung der Detektei Grünmacher u. Müller an den Litfaßsäulen noch mysteriöser geworden, insofern, daß man vermuten kann, daß die Angelegenheit auf eine gefährliche Spitze gestellt wird. Mystifikation hinausläuft. Man kann den Gedanken nicht abweisen, daß mit der geschmacklosen Bekanntmachung, in der das Nebelbild des Reichspräsidenten auffällig und absichtlich verwendet wird, der eigentliche Zweck der Affäre erreicht werden soll. Denn ist das Plakat an den Litfaßsäulen eine reaktionäre Wahlmache gegen den sozialistischen Reichspräsidenten Ebert, um diesen in ganz Deutschland der Lächerlichkeit auszusetzen.

Viele merkwürdige Tatsachen lassen diese Vermutung mehr als wahrscheinlich erscheinen. Auffällig ist es schon, daß sich ein rheinischer Generaldirektor mit solch belanglosen Papieren in der Tasche auf eine nächtliche Kneipentour begibt und sich betrunken machen läßt, so daß er von dem, was um ihn vorging, nichts mehr erkannte. Ebenso auffällig ist, daß der ortskundige Kellner ausgerechnet nur ein Zeitungsblatt mit dem Nebelbild Eberts zur Hand hat, um einen Situationsplan aufzeichnen zu können. Kellner in großen Restaurants tragen doch stets Notizblocks bei sich, aber das Nebelbild Eberts mußte es sein, um dann für den Ausschlag an den Litfaßsäulen verwendet werden zu können. Wenn das nicht die Absicht war, dann hätte man es technisch leicht ermöglichen können, die aufgezeichnete Situationsskizze zu reproduzieren, ohne dabei das Bild Eberts wiedergeben. Warum ist denn die Wiedergabe des Bildes, des den Reaktionären etwas genehmeren Reichsvorsitzenden Noske, der mit Ebert auf dem Nebelbilde eng zusammensteht, unterblieben? Auffällige Absichtlichkeit!

Auch ist gar nicht einzusehen, warum der angeblich bestohlene Generaldirektor sich nicht an die Kriminalpolizei wendete, sondern an eine Privatdetektei. Noch merkwürdiger wird aber die Geschichte, daß eine Zeitungskorrespondenz die sonst sich nie mit kriminellen Angelegenheiten beschäftigt, sondern unter dem alten Regime gern von staatlichen Behörden, wie dem Eisenbahnministerium, mit Nachrichten gespeist wurde, in diesem Falle zuerst Meldung an die Presse gab, und zwar am Abend vor der Anzeigung des Nebelbildes an den Litfaß-Säule. Hier muß man doch Absicht vermuten. Dieselbe Korrespondenz berichtete gestern abend wieder, daß man zwar den angeblichen Plakaten auf der Spur sei, daß aber weder der Kellner noch sonst eine Person, die bei der Angelegenheit in Betracht kommt, sich gemeldet habe. Aber wenn man sonst niemand kannte, den Namen des Weinrestaurants wird doch der Generaldirektor noch wissen, er war doch beim Eintritt in dieses Lokal noch nicht betrunken. Es wäre dann eine Kleinigkeit, den Kellner festzustellen zu können.

Wie diese Tatsachen beweisen, läßt sich die Vermutung nicht von der Hand weisen, daß die Aktendiebstahlsaffäre erfunden oder eine gestellt in Szene gesetzte Komödie ist, um den politischen Zweck zu erreichen. Warum sollten es sich die Reaktionäre nicht auch etwas kosten lassen, wenn es gilt, ihren Zielen zu dienen.

h. h.

Gegen Erhöhung der Umsatzsteuer auf Lebensmittel. Die Stadtverordneten Genossen Breitscheid und Kreutz von der Deutschen demokratischen Fraktion haben der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag unterbreitet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Nationalversammlung Einspruch zu erheben gegen eine die notwendigen Lebensmittel unerschwinglich verteuernde Erhöhung der Umsatzsteuer auf Lebensmittel." Dieser Antrag hat zahlreiche Unterschriften gefunden und soll nächsten Donnerstag zur Beratung kommen.

Die Hilfsaktionen des Berliner Magistrats sind an die Stadt Berlin mit neuen Forderungen herangetreten. Sie verlangen einen einmaligen Betrag von 1000 Mark für jeden verheirateten Hilfsangestellten, 200 Mark für jedes Kind und 600 Mark für Ledige. Eine Abordnung der Angestellten hat bereits mit Oberbürgermeister Wermuth verhandelt, jedoch haben die Besprechungen zu keinem Resultat geführt. Die Angestellten — es handelt sich um mehrere Tausend Personen, die in den städtischen Kriegswirtschaftsstellen beschäftigt sind — beabsichtigen, falls ihre Forderungen nicht bewilligt werden, in einen Streik einzutreten.

Der drohende Metallarbeiterstreik. In der Metallindustrie ist eine entscheidende Aenderung heute nicht zu verzeichnen. In den großen Werken dauern die Teilstreiks der Facharbeiter an. Die Zahl der Streikenden hat sich in einzelnen Betrieben erhöht. In den Schwartzkopff-Werken stehen heute alle Arbeiter und Angestellten. In den Kabelwerken der A.E.G. feiern heute weitere 2000 Arbeiter.

Die neue Großmarkthalle in Berlin, die am Bahnhof Beusselstraße im Nordwesten Berlins errichtet werden soll, wird nun bald fertiggestellt sein. Die Großmarkthalle wird der größte Hallenbau der Welt werden. 500 Waggons Lasten gleichzeitig können darin gestellt werden. Für den Bau bewilligte vom Berliner Magistrat seinerzeit 40 Millionen Mark bewilligt, die Summe dürfte aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen bei weitem nicht mehr ausreichen.

Der Einbruch in die Kreiskommunalkasse, über den wir vor drei Wochen aus Grimmen berichteten, ist jetzt von der Berliner Kriminalpolizei aufgeklärt worden. Zwei der Täter, ein Schlosser Karl Schulze und ein Dreher Friedrich Meininger, sind bereits hinter Schloß und Riegel, ebenso ein Hehler, ein hiesiger Handelsmann. Die Beute von 400 000 Mark ist zum größten Teil wieder herbeigeschafft. Meininger hat sich mit Schulze und anderen noch unbekannten Helfershelfern zusammen und fuhr mit ihnen am 2. September nach Grimmen. Die Bande verschaffte sich Einlaß in die Kreiskasse und erbrach drei widereinanderstehende Geldschränke, aus denen sie für 400 000 Mark Wertpapiere, Reichs-, Staats- und Stadtanleihe und mehrere Hypothekenbriefe, erbeuteten. Die hiesige Kriminalpolizei fand der Bande auf die Spur, als sie versuchte, die Wertpapiere zu Geld zu machen. Gestern waren Meininger und Schulz bereits, einen Koffer der Papiere auf der Königstraße an einen Händler abzusetzen. Die Kriminalbeamten griffen jetzt zu und nahmen beide fest. Es war beobachtet worden, daß die Verdächtigen auch mit einem hiesigen Hausbesitzer in Verbindung gestanden haben. Sie mußten zugeben, daß sie diesem für 170 000 Mark sichere Werte für 3000 Mark verkauft hatten. Bei dem Hausbesitzer wurde sofort eine Durchsuchung vorgenommen. Sie förderte den ganzen Betrag von 170 000 Mark zutage. Der Hausbesitzer wurde verhaftet.

Der Mord an dem Gutsbesitzer Blau, der bisher nur zu der Verhaftung des Lederarbeiters Leuschner geführt hat, bildet jetzt die Ursache umfangreicher Nachforschungen durch die politische Abteilung im Berliner Polizeipräsidium. Es handelt sich in der Hauptsache darum, festzustellen, welche Personen feinerzeit an der Versammlung „Bischofstein" teilgenommen haben. Leuschner, der schon zahlreichen Verhören unterzogen worden ist, gibt wohl zu, diese Versammlung geleitet zu haben, verweigert aber nähere Auskünfte über die Teilnehmer. Die Suche nach den beiden Männern, Hahn und Dahme, die die Mordtat ausgeführt haben, ist vorläufig ergebnislos geblieben.

Von Einbrechern angeschossen wurden in der vergangenen Nacht auf dem Grundstück Wiclefstraße 11 der Hausverwalter Schöbel und sein 22 Jahre alter Sohn. Gegen 1½ Uhr hörte ein Mann, der in einem Flaschenbierlokal auf dem Grundstück noch tätig war, dem Hinterlande her verdächtige Geräusche. Seine Beobachtungen ergaben, daß mehrere Männer vom Hinterlande her über eine Mauer nach dem Grundstück gekommen waren, um hier einzudringen. Die Verbrecher hatten aber wahrgenommen, daß sie bemerkt worden waren. Als jetzt zwei der Hausverwalter mit sein Sohn dazu kamen, feuerten die Einbrecher zu ihren Feuerwaffen und schossen auf ihre Verfolger. Schöbel und sein Sohn wurden getroffen und so schwer verletzt, daß sie nach dem Krankenhause gebracht werden mußten. Die Verbrecher entkamen.

An der Börse entwickelte sich heute der Verkehr ruhiger als in den letzten Tagen ab, und die Spekulation nahm teilweise die am Wochenschluß üblichen Gewinnsicherstellungen vor.

Devisenkurse.

Geldsorten und Banknoten	20. 9. Geld	20. 9. Brief	Zahlungsverkehr Auszahlungen	20. 9. Geld	20. 9. Brief	19. 9. Geld	19. 9. Brief
Holland	1292	1308	Telegr. Auszahlungen	—	—	—	—
Dänemark, Kr	1074	1086	Kopenhagen, Kr	—	—	—	—
Stockholm, Kr	1624	1656	Stockholm, Kr	—	—	—	—
Christiania, Kr	1019	1039	Konstantinopel	—	—	—	—
Italienische	1329	1339	Wien	—	—	—	—
Schweiz, Fr	1674	1703	Madrid, Fr	489	490	519	520
			Portugal				

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Nachts kühl, am Tage wieder etwas wärmer, zeitweise heiter oder sehr wahrscheinlich mit wiederholten leichten Regenfällen und ziemlich frischen westlichen Winden.

Verantwortliche Redakteure: für Politik: Kurt Better-Berlin-Neukölln; für Kommunales, Gerichtszeitung und den übrigen Teil: Heinrich Hoppenheimer-Berlin; für das Feuilleton: Friedrich Wulle-Berlin-Lichtenberg; für den Inseratenteil: Paul Gräß-Berlin-Lichterfelde.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.

Berliner Volks-Zeitung

Nr. 200 Tägliches Unterhaltungs-Blatt Nr. 200

Schiefl.

Der Roman eines Gauners.

[Für Textfassung.] Von [Nachdruck verboten.]

Hermann Wagner.

Es war Abend geworden, als Schiefl sein kleines möbliertes Zimmer im „Roten Ochsen" bezog und seine wenigen Habseligkeiten auspackte. Auf dem Polizeiamt hatte ihm das Fräulein auch schon einen Brief ausgehändigt. Er trug den „Poststempel „Sigmundsfelde", noch nach Veilchen und zeigte die Handschrift Elses. Schiefl hatte es mit dem Lesen nicht eilig, er wollte ihn nachts im Bett lesen, ehe er das Licht auslöschte. Die Pfarre, die er mit seiner heimlichen Braut vorhatte, reckten ihren Arm noch weit in die Zukunft hinein und waren wie keine andere seiner Angelegenheiten geeignet, vorerst noch einer Beschäftigung seiner Träume zu bilden.

Er verzehrte eine bescheidene Räucherwurst mit trockenem Brot, trank ein Glas Bier und trug sodann dem Dienstmädchen auf, man möge ihn am nächsten Morgen pünktlich um fünf Uhr wecken, er müsse mit der Bahn fortfahren.

In seinem Zimmer oben schrieb er beim Licht einer dünnen Kerze noch einen Brief. Der war an Herrn Schönbüchel gerichtet, begann mit der Anrede „Teurer Vater!", enthielt die knappe Mitteilung, daß er, der unermüdlich tätige Gottfried Schiefl, eine glänzende Stellung als Reisender bei einem erstklassigen Kohlenwerk gefunden habe, und schloß: „mit herzlichem Gruß Ihr Sie treu liebender Sohn". Auf der Rückseite des Umschlages brachte Schiefl vorsichtshalber noch seine Adresse an: „Gottfried Schiefl, Reisender beim Kohlenwerk „Marie" in Seid"

Mit einem Gefühl tiefer Befriedigung stieg Schiefl in sein Bett und machte sich, schon stark gähnend, daran, den Brief der Else zu lesen. Er lächelte dabei nachsichtig und dachte: die dummen kleinen Mädchen! Rasch schenkte er noch Fräulein Marie einen flüchtigen Gedanken, um gleich darauf das Licht auszulassen und nach wenigen Minuten fest zu schlafen.

Am nächsten Morgen dampfte er mit dem ersten Frühzug ab. Er war nicht im mindesten ängstlich, nicht einmal nervös, nur voll froher und starker Erwartungen. Nun sollte es sich zeigen, ob er das, was er plante, auch ausführen konnte. Ein Großsprecher im Sinne jener, die sich an ihren Worten selbst berauschen wollen, war er ja nie gewesen, und wenn er den nie faulen Mund auftat, um große, feste und breite Reden von sich zu geben, dann tat er es nur deshalb, weil er wußte, daß die Menschen, von denen der größte Teil sehr dumm war, prompt darauf hineinfielen.

Diese menschliche Dummheit nahm er als ein fest Gegebenes hin, mit dem zu rechnen sich sicher lohnte, an ihr hatte er ein, sie benützte er, um sich selbst vorwärts zu bringen. Er glaubte weder an Glück, noch gab er sich phantastischen Hoffnungen hin. Er gebrauchte nur seinen klaren, nüchternen Verstand, war rastlos, spürte gemäß dem Grundsatz, daß zweimal zwei vier geben und daß, wenn man weniger ausgab als einnahm, sich unbedingt für einen ein Ueberschuß ergeben mußte, der mit der Zeit anwuchs.

Während der Fuhr in die sonnige Landschaft hineinratterte, kalkulierte und rechnete Schiefl glückselig weiter. Er dachte: Wenn ich erst Geld habe und reich bin, dann werde ich mit Vergnügen ehrlich sein und die Wahrheit sagen, denn dann schadet mir das nicht mehr, dann kann ich es mir leisten ...

Es war neun Uhr als Schiefl in Pirna ankam. Er stieg aus und hatte das Gefühl, den Fuß auf feindlichen Boden zu setzen. Das war nun eine Stadt mit etlichen tausend Einwohnern, von denen ein jeder Kohlen brauchte. Wie aber den Leuten klar machen, daß gerade die Kohle „Marie" diejenige sei, die sie allein mit Vorteil verwenden konnten?

Gewiß niemand hier kannte die „Marie", niemand wußte also auch, wie schlecht sie war. Allein, würde man von einer Kohle, die man noch nicht kannte, auch glauben, daß sie gut sei? Hier lag die Aufgabe. Die Aufgabe war, in die Leute den Glauben und die Ueberzeugung hineinzublasen, daß „Marie" eine ideale Kohle, die ideale Kohle sei! Und Schiefl setzte eine Miene auf, die ganz Biederkeit und strenge Rechtlichkeit war.

Es gab zwei Arten von Abnehmern, an die er sich zu wenden hatte: die großen und die kleinen. Die großen Abnehmer waren die kleinen Fabriken und die Kohlenhändler, die er zunächst links liegen lassen wollte, da sie ihm gegenüber, der als Kohlenhändler noch zu sehr Dilettant war, allzuviele Fachkenntnisse besaßen. Von den kleinen Abnehmern wiederum kamen für ihn wiederum die Bäcker als die einzigen in Betracht, die gewohnt waren, ihren Bedarf durch waggonweisen Bezug zu decken.

Gut, die Bäcker waren also die Leute, an die er sich zu wenden hatte. Er hätte nicht der Schiefl sein dürfen, wenn es ihm nicht hätte gelingen sollen, nach der ersten Unterredung mit einem dieser Brüder herauszubekommen, welche Eigenschaften die Kohle aufweisen mußte, die sie kauften, welche Preise sie zahlten und auf welche Weise man ihnen überhaupt am besten auf die Pelle rückte.

Er gab seine Handtasche auf dem Bahnhof in Verwahrung, strich seinen Anzug glatt, drehte seinen Schnurrbart und betrachtete sein Spiegelbild in dem Fenster einer Auslage. Er war mit sich zufrieden. Er hustete leicht, zuckte an seinem Kragen und betrat das erste Bäckereigeschäft, das ihm auf seinem Wege in den Wurf kam. Der Inhaber hieß Erwin Haase.

„Guten Morgen", grüßte Schiefl.

Die Frau Haase sah ihn prüfend, aber nicht unfreundlich an. „Sie wünschen?"

Er verbeugte sich und lächelte in der Art, der Frauen, die ihn musterten, nur selten widerstanden. „Mein Name ist Schiefl", erklärte er mit einer Stimme, in der viel sieghafte Sicherheit war, „ich bin Vertreter des Kohlenwerks „Marie".

Der Frau tat es offenbar leid, ihm gleich ins vorhinein einen abschlägigen Bescheid geben zu müssen, denn sie erwiderte sein Lächeln. „Kohle? Wir haben schon unseren Lieferanten."

„Natürlich", fuhr Schiefl fort zu lächeln, „aber keinen so guten wie uns."

Bei Gott, er war nicht zudringlich, es war mehr so, als ob er nur zu einem gemütlichen Plausch hierhergekommen wäre. Frau Haase geriet das. „Schade", sagte sie bedauernd.

„Ich will nicht unbedingt verkaufen," meinte Schiefl, „ich möchte nur Ihnen Herrn Gemahl unsere Preise vorlegen, damit er sie mit denen seines Lieferanten vergleichen kann."

„Erwin!" rief Frau Haase unter der Einwirkung des liebenswürdig und sanft schmeichelnden Schiefl'schen Blickes.

Herr Erwin Haase kam. Er hatte eine saubere weiße Schürze vor den enormen Bauch gebunden, Mehlstaub in dem struppigen Schnurrbart und Mißtrauen zwischen den leicht herabgezogenen Mundwinkeln.

Schiefl gab seiner Liebenswürdigkeit einen Schuß von Biederkeit und Ernst. Er wiederholte seine Vorstellung. Er komme vom Kohlenwerk „Marie". Direkt vom Werk. Nicht ein Händler, der einen wucherischen Zwischennutzen nehme, biete hier seine Ware an, sondern der Erzeuger selbst. Könne jemand billiger liefern als der, der selbst erzeuge?

„Marie"?" sagte Herr Haase nonchalant. „Marie" kenne ich nicht. Ich feuere nur „Juno" Alle Bäcker in Pirna feuern „Juno"."

„So?" sagte Schiefl im Tone einer Höflichkeit, die ein fernes Mitleid ahnen ließ „Und warum gerade „Juno"?"

„Nu," antwortete Herr Haase, der zufällig Zeit hatte und dem es daher auf einen Plausch nicht ankam, „weil nur „Juno" für Bäcker taugt."

(Fortsetzung folgt.)